



Siegfried Hermle | Claudia Lepp | Harry Oelke (Bearb.)

Christlicher Widerstand!?

Evangelische Kirche
und Nationalsozialismus



Christentum und Zeitgeschichte 4

Christlicher Widerstand!?

Christentum und Zeitgeschichte (CuZ)

Band 4

Im Auftrag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft
für Kirchliche Zeitgeschichte

herausgegeben von Siegfried Hermle und Harry Oelke

Siegfried Hermle | Claudia Lepp | Harry Oelke (Bearb.)

Christlicher Widerstand!?

Evangelische Kirche und Nationalsozialismus



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH · Leipzig
Printed in Germany

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheber-
rechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und
strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Über-
setzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und
Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Cover: Kai-Michael Gustmann, Leipzig
Coverbild: Park von Yad Vashem; Foto: Siegfried Hermle, Erfstadt
Satz: Steffi Glauche, Leipzig
Druck und Binden: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-374-05933-1
www.eva-leipzig.de

Inhalt

Zur Einführung	13
Protestanten in der Weimarer Republik	18
Die Protestanten und die Republik	20
Die evangelische Kirche in der Weimarer Republik	22
NSDAP und Christentum	22
Antisemitismus in der Weimarer Republik	23
Die Protestanten und die »Judenfrage«	25
Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus	26
Evangelische Pfarrer und Theologen im Abwehrverein	27
Emil Felden	29
Otto Baumgarten	30
Eduard Lamparter	31
Die Liberalen	32
Die Religiösen Sozialisten	33
Dialektische Theologie	35
Luther-Renaissance	36
Neues kirchliches Selbstbewusstsein	36
Vaterländische Kundgebung	37
Protestantismus und Nationalsozialismus nach 1930	38
Rosenbergs »Mythus«	39
Volkstumstheologie	40
Evangelische Befürworter des Nationalsozialismus	42
Weltanschauliche Auseinandersetzung	42
Walter Künneth	43
Christliche Welt	44

Der ›Fall Dehn‹	44
Die Deutschen Christen.	45
»Die Kirche und das dritte Reich«	46
Gertrud Herrmann.	46
Die Kritik Paul Tillichs.	48
Die Kritik des Lutheraners Hermann Sasse	48
Die Warnungen Karl-Heinz Beckers	49
Altonaer Bekenntnis	50
›Über den Parteien‹.	51

1933/34:

Gleichschaltung – Euphorie und Ernüchterung – Einspruch	52
Gleichschaltung.	53
Euphorie und Ernüchterung.	57
Ein scheinbar ›christlicher Staat‹	58
Glaubensbewegung Deutsche Christen.	60
Propaganda-Wahlkampf für die Deutschen Christen durch die NSDAP	61
Verweigerte Solidarität	63
›Braune Synode‹ und ›Arierparagraph‹	64
Der ›Sportpalastskandal‹	65
›Reichsbischofsdiktatur‹ und Bekennende Kirche.	66
Einspruch	68
Verfolgung der Religiösen Sozialisten.	69
Verfolgung und Duldung: Liberale Theologen	71
Die Jungreformatrische Bewegung	73

Oppositionelle Alternative bei der Kirchenwahl 1933	74
Die Zeitschrift »Junge Kirche«	77
Karl Barth und die Anfänge einer kirchlichen Opposition	79
Niemöller gründet den Pfarrernotbund	81
Dietrich Bonhoeffer: Kirchliche Solidarität mit den Opfern	84
Formen unangepassten Verhaltens	84
»Flüsterwitze«: Aus »Reibi« wird »Bleibi«	85
Der Ulmer Bekenntnisgottesdienst	87
Die Barmer Reichsbekenntnissynode und ihre Theologische Erklärung	88
Die zweite Reichsbekenntnissynode	90
Die Arretierung der Landesbischöfe Meiser und Wurm . . .	90
Ökumene: Zwischen Einmischung und Kooperation	91

1935 bis 1939:

Konsolidierung – Zwischen Zufriedenheit und Desillusionierung – Protest	95
--	-----------

Konsolidierung	95
---------------------------------	-----------

Zwischen Zufriedenheit und Desillusionierung	99
---	-----------

Mehrheitsverhältnisse in der evangelischen Kirche	100
---	-----

Die Saarabstimmung	102
------------------------------	-----

Staatliche Finanzaufsicht über die Kirche	102
---	-----

Die Zwangsintegration evangelischer Frauenverbände . . .	103
--	-----

Das Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten	104
--	-----

Nürnberger Gesetze	105
------------------------------	-----

Handlanger der NS-Rassenpolitik: ›Ariernachweise‹	105
Mitarbeit in den Kirchengremien	107
Propaganda-Feldzug ›Entkonfessionalisierung‹	108
Nazifizierung der Theologischen Fakultäten:	
das Beispiel Jena	109
Der Wittenberger Bund	110
Der ›Anschluss‹ Österreichs	111
Treueeid auf Hitler	112
Novemberpogrom 1938	113
Godesberger Erklärung	114
Das Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben . .	115
Protest.	117
Protest gegen die Finanzabteilungen	117
Fürbitte für verfolgte Bekenntnischristen	118
Die Denkschrift von Marga Meusel	119
Nein zu den staatlichen Kirchengremien	121
Verstöße gegen die Beflagungsvorschriften	122
Kritik am Winterhilfswerk	123
Verweigerung bei der Reichstagswahl 1936	123
Evangelische Frauenhilfe und NS-Frauenschaft	124
Denkschrift der Vorläufigen Kirchenleitung	125
Eine mutige Denkschrift	127
Illegale Theologenausbildung	129
Widerstand gegen die Kirchenwahl 1937	130
Öffentliche Bekanntgabe von Kirchenaustritten	132
Bekenntnisschule contra Gemeinschaftsschule	133
Kampf um den Religionsunterricht	134
Verstöße gegen den ›Kollektenerlass‹	135

Der ›Fall Niemöller‹	135
Widerspruch gegen Alfred Rosenberg.	136
Verweigerung des Pfarrereides auf Hitler	137
Verweigerung: Reichstagswahl und Volksabstimmung . . .	139
„Büro Pfarrer Grüber“	140
Kirche und Welt	142
Predigten gegen das Novemberpogrom.	144
Gebetsliturgie der Zweiten Vorläufigen Kirchenleitung . . .	146
Verweigerung im Alltag	147
Gegen die Umwandlung konfessioneller Kindergärten. . . .	147
1939 bis 1942:	
Aggression – Einwilligung – Widerspruch	149
Aggression	149
Einwilligung	155
Die evangelische Kirche und der 1. September 1939.	156
›Heimkehr ins Reich‹	157
Die Beschlagnahmung von diakonischen Einrichtungen . .	159
Die Auflösung kirchlicher Schulen	160
Die Kirchen und die eroberten Gebiete des Reiches	161
Evangelische Wehrmachtsseelsorge	164
Der Geistliche Vertrauensrat	165
Die Stunde der Vikarinnen?	167
Evangelische Kirche und Zwangsarbeit.	167
Widerspruch	170
Protest gegen Auflösung kirchlicher Kindergärten	171
Protest gegen die Einstellung der Gemeindeblätter.	172

Stimmen gegen die ›Euthanasie‹-Verbrechen	173
Protest gegen die Entrechtung der Kirchen	175
Eintreten für Homosexuelle in Lobetal	176
Protest gegen den ›Judenstern‹	177
Kriegsdienstverweigerung	180
Evangelische Kriegsdienstverweigerer	182
Proteste gegen die Deportationen	184

1943 bis 1945:

Radikalisierung – Verstummen – Subversion	187
--	------------

Radikalisierung	188
----------------------------------	------------

Verstummen	192
-----------------------------	------------

Der NS-Staat und die Kirchen	193
--	-----

Das Reichskirchenministerium	194
--	-----

Geistlicher Vertrauensrat und Kirchenkanzlei	195
--	-----

Bekennende Kirche und Lutherrat	197
---	-----

Das kirchliche Einigungswerk	199
--	-----

Landeskirchen	200
-------------------------	-----

Kirchliches Leben	202
-----------------------------	-----

Zerstörungen	204
------------------------	-----

Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Kirche.	205
--	-----

Das Ende der östlichen Kirchenprovinzen	205
---	-----

Subversion	207
-----------------------------	------------

Mit Flugblättern gegen den Krieg	208
--	-----

Das Attentat vom 20. Juli 1944	210
--	-----

Zivile Widerstandsgruppen	212
-------------------------------------	-----

Bedeutung des christlichen Glaubens	215
Widerspruch kirchlicher Gruppen.	216
»Im schärfsten Widerspruch zu dem Wort Gottes«.	218
Kurt Gersteins Bericht über das Massenmorden.	218
Zeugnisse zivilen Mutes – Solidarität mit verfolgten Juden	220
Verschörung und aktiver Widerstand.	223
Weltanschauliche Dissidenz	227
Nationalkomitee Freies Deutschland	229

Die Rezeption des christlichen Widerstands

nach 1945	231
Erste Phase: Martyrisierung	232
Zweite Phase: Politisierung	233
Dritte Phase: Kanonisierung	234
Die Stuttgarter Schulderklärung	234
Christliche Totenehrung des 20. Juli 1944	235
Dietrich Bonhoeffer: Kirchliche Totenehrung.	236
Martyrergedenken im Brandenburger Dom	237
Bonhoeffer als christlicher Märtyrer	239
Widerstandserinnerung in der Bundespolitik.	240
Bonhoeffers Widerstand in der Bundespolitik	242
Christlicher Widerstand in ökumenischer Perspektive	243
Bonhoeffer als »evangelischer Heiliger«	245
Hans Meiser: Verehrung für den Landesbischof.	246
Kritische Aufarbeitung.	248
Sturz der alten Denkmäler.	249
Neue Erinnerungskultur	250

Literaturverzeichnis.....	252
Personenregister	258
Liste der in der Ausstellung enthaltenen Biografien.....	267
Abkürzungsverzeichnis.....	270
Bildnachweise	272
Anmerkungen	276

Zur Einführung

Das Gespräch mit Zeitzeugen ist ein wichtiger Zugang zum Nationalsozialismus. Doch nur noch sehr wenige Menschen haben das verbrecherische NS-Regime selbst erlebt und können ihre Erfahrungen und Erinnerungen an nachwachsende Generationen weitergeben. Die letzten Zeitzeugen sterben, die kommunikative Gedächtnisformation befindet sich in Auflösung. Umso wichtiger erscheint es, an jene zu erinnern, die dem Unrecht entgegengetreten sind, und zu fragen, warum sie es taten und warum es so wenige waren.

Der christliche Glaube konnte für Menschen in den verschiedensten Positionen und Situationen eine Triebkraft für ihr widerständiges Denken und Handeln werden. Gerade im ›Kirchenvolk‹ gab es Gläubige, darunter viele Frauen, die unter großer Gefahr nach dem Gebot der Nächstenliebe handelten und den aus der ›Volksgemeinschaft‹ Ausgegrenzten Überlebenshilfe leisteten. Erinnert wird im vorliegenden Band an Männer und Frauen, Amtsträger und Laien, bekannte und bislang weniger bekannte Persönlichkeiten und Gruppierungen, die es allesamt wagten, sich der Ideologie oder dem Unrechtsregime des Nationalsozialismus zu widersetzen.

Der Band trägt der Entwicklung der historischen Forschung Rechnung und verdeutlicht das widerständige Verhalten in den Kirchen und den christlichen Milieus in seinen verschiedenen Ausformungen, ohne dabei kategoriale Unterschiede einzuebennen. Im Sinne eines weiten Widerstandsbegriffs reichte widerständiges Verhalten von der Unangepasstheit über die Verweigerung und den Protest bis hin zum Umsturzversuch, dem

Widerstand im engeren Wortsinn. Dabei ging es sowohl um die Verteidigung des Existenzrechts der Kirche und der Unverfälschtheit der christlichen Botschaft in einer Weltanschauungsdiktatur als auch um die Verteidigung von Recht und Menschlichkeit in einem Unrechtsregime.

Beides zeigt sich am Beispiel des schwäbischen Pfarrerehepaars Otto und Gertrud Mörike, die in der Gedenkstätte Yad Vashem geehrt werden (s. Buchcover). Nach anfänglicher Begeisterung für den »völkischen Aufbruch« beteiligte sich Otto Mörike an den innerkirchlichen Auseinandersetzungen gegen die Deutschen Christen und deren Versuch, die württembergische Landeskirche gleichzuschalten. Er gehörte dem Bruderrat der Evangelischen Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg an und stand schon bald unter ständiger Überwachung durch die Gestapo. Nachdem das Ehepaar bei der kombinierten Volksabstimmung und Reichstagswahl am 10. April 1938 Kritik an der NS-Weltanschauung und -politik geübt hatte, wurde Otto Mörike zu zehn Monaten Haft mit Bewährung verurteilt und zwangsversetzt. Trotz verstärkter Überwachung durch die Gestapo konnten aber flüchtende Juden im Pfarrhaus der Mörikes zeitweise Zuflucht finden.

Der Band versucht, die gesamte Vielfalt der Formen, der Handlungsspielräume, der oft auch in sich gemischten Beweggründe, aber auch die Widersprüche und Konflikte des Widerstands von evangelischen Christinnen und Christen zu erfassen. Warum handelten sie so? Warum wurden sie erst so spät aktiv? Welche Folgen hatte ihr Handeln für sie und ihr Umfeld? Es geht um Fragen, die der christliche Widerstand im Nationalsozialismus aufwirft, und um Antwortmöglichkeiten; es geht um Vergangenheit, aber auch um ihre Bedeutung für die Gegenwart.

Rahmenbedingungen, Ursachen, Träger, Formen und Ziele des widerständigen Verhaltens veränderten sich im Laufe der NS-Zeit. Stand zum Beispiel im Vorfeld und zu Anfang des ›Dritten Reiches‹ der Protest der Religiösen Sozialisten oder der liberalen Theologen gegen eine sich etablierende Diktatur, der schnell zum Verstummen gebracht wurde, so erfolgte zu Kriegsende der Widerstand durch Christen aus dem nationalkonservativen Milieu, dessen Vertreter das NS-Regime lange unterstützt hatten und die selten auf eine demokratische Neuordnung zielten. Viele Personen aus der letztgenannten Gruppe bezahlten ihr Widerstehen mit dem Tod.

Zur Darstellung des prozessual-dynamischen Verlaufs der NS-Herrschaft und des auf sie bezogenen Widerstands wird die Geschichte des ›Dritten Reiches‹ in diesem Buch in vier Phasen eingeteilt (1933/34, 1935–1939, 1939–1942, 1943–1945). Die zeitliche Einteilung erfolgt auf der Grundlage der sich radikalisierenden historisch-politischen Entwicklung. Um das differenziert aufgezeigte Widerstandshandeln im Kontext seiner Rahmenbedingungen erfassen zu können, werden für jede dieser Phasen das Entwicklungsstadium des Herrschaftssystems, die Haltung des Mehrheitsprotestantismus, d. h. das dominante Verhalten evangelischer Christen, sowie die Formen christlichen Widerstands dargestellt. So werden Handlungsspielräume und Handlungsalternativen erkennbar gemacht, indem jeweils auf den zeithistorischen Zusammenhang verwiesen und das Widerstandshandeln mit dem gegenläufigen Verhalten von Zufriedenheit und Anpassung bis hin zur Mittäterschaft kontrastiert wird. Anpassung und Widerstand werden dabei nicht als polare Verhaltensformen unverbunden gegenübergestellt. So taucht teilweise ein und dieselbe Person

sowohl unter »Mehrheitsprotestantismus« als auch unter »Christlicher Widerstand« auf. Damit wird deutlich, welche Herausforderungen und Versuchungen der Nationalsozialismus für Christen bedeutete. Auch werden das Nacheinander oder die Gleichzeitigkeit von Anpassungsleistungen und Widerstandshandeln erkennbar.

Der Text setzt mit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ein. Auf diese Weise werden die mentalitäts- und theologiegeschichtlichen Wurzeln von Anpassung, Mittäterschaft und Widerstand im Nationalsozialismus aufgezeigt. Die Darstellung endet mit einem Ausblick auf die Rezeption des christlichen Widerstands in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik, vornehmlich an den Beispielen von Dietrich Bonhoeffer und Hans Meiser.

Der vorliegende Band korrespondiert mit der Internet-Ausstellung »Widerstand!? Evangelische Christinnen und Christen im Nationalsozialismus« (<https://de.evangelischer-widerstand.de/>). Trägerin der Ausstellung ist die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Konzeptionell erarbeitet wurde sie in einem mehrjährigen Prozess von einer interdisziplinären wissenschaftlichen Arbeitsgruppe, die von einem Kuratorium mit Repräsentanten aus Wissenschaft, Politik und Kultur begleitet wurde. Die technische Gestaltung übernahm die Medienagentur Kerygma aus Köln.

Grundlage für das vorliegende Buch waren die Texte des Bereichs »Zeiten« der Internet-Ausstellung, die stark gekürzt und überarbeitet wurden. An dem Ausstellungsbereich haben neben den Bearbeitern und der Bearbeiterin mitgeschrieben: Angela Borgstedt, Johannes Ehmann, Karl-Heinz Fix, Norbert Friedrich, Gertraud Grünzinger, Christiane Kuller, Rainer Lächele, Tim Lorentzen, Andreas Müller, Thomas Martin Schnei-

der und Nora Andrea Schulze. Ihnen allen möchten wir an dieser Stelle noch einmal herzlich danken. Frau Schulze, Herrn Fix, Kerstin Müller-Römer und Florian Schiermeier gilt unser Dank für ihre redaktionelle Mitarbeit.

Köln/München, im Januar 2019

Siegfried Hermle Claudia Lepp Harry Oelke

Protestanten in der Weimarer Republik

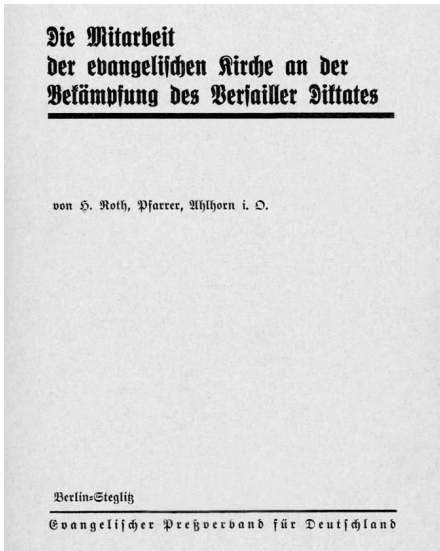


Abb. 1: Hans Roth: Die Mitarbeit der evangelischen Kirche an der Bekämpfung des Versailler Diktats. Berlin 1932.

Der Schock infolge von Kriegsniederlage und Revolution im Jahr 1918 wirkte bei den deutschen Protestanten lange nach. Ihre tiefe Bindung an den monarchischen Nationalstaat wilhelminischer Prägung überdauerte dessen Zusammenbruch. Die Mehrheit der deutschen Protestanten stand daher der demokratischen, weltanschaulich neutralen Weimarer Republik skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Die evangelischen Kirchen konnten den Verlust der engen Verbindung von Thron und Altar nie ganz überwinden. Obgleich sie in der Weimarer Verfassung von 1919 einen privilegierten Status erhalten hatten, blieben Bedrohungsängste, die in der Revolutionszeit angesichts kirchen- und christentumsfeindlicher Vorstöße entstanden waren. Der evangelischen Kirche boten sich jedoch nun auch neue Möglichkeiten, nachdem sie durch das Ende der Monarchie vom landesherrlichen Kirchenregiment frei geworden war und über sich selbst verfügen konnte. Im 19. Jahrhundert begonnene Einigungsbestrebungen führten 1922 zur Gründung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes.

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert wurde im deutschen Protestantismus ein alter religiöser Antijudaismus von einem modernen, teils politisch-kulturell, teils auch schon rassistisch bestimmten Antisemitismus überlagert. In der Weimarer Zeit trieb die ›Judenfrage‹ auch die sogenannte kirchliche Mitte um. Gegen die weit verbreiteten Vorwürfe, die Juden seien für die Kriegsniederlage, die Revolution und das ›Weimarer System‹ verantwortlich, kämpfte der Verein zur Abwehr des Antisemitismus, in dem auch Pfarrer und Theologen aktiv waren.

In der Theologie gab es zahlreiche neue Strömungen, die vor allem von jüngeren Theologen getragen wurden. Vertreter der Luther-Renaissance entdeckten Luther als Theologen neu, dialektische Theologen betonten das radikale Anderssein Gottes jenseits der menschlichen Verfügbarkeit und brachen mit der als kulturselig erachteten liberalen Theologie der Vorkriegszeit. Die Absolutheit des Christentums wurde betont, statt historischem Denken dominierte nun ein theologisches Vorgehen, das zwar einerseits die Bedeutung der Evangeli-

umsverkündigung betonte, aber andererseits mit seiner allumfassenden Krisendiagnostik eng mit den zumeist antidemokratischen politischen Diskursen der Zeit inhaltlich und personell verschränkt war. In der Vorkriegszeit geprägte Liberale fanden z. T. zu einem positiven Verhältnis zur Republik; die Religiösen Sozialisten, die eine Annäherung von Kirche, Arbeiterschaft und Sozialdemokratie anstrebten, blieben eine von den Kirchenleitungen kritisch beäugte Minderheit.

Die politische und ökonomische Krise der Republik seit 1930 führte zusammen mit einer Blindheit nach rechts dazu, in der Propaganda der Rechten bis hin zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) mit ihren pseudo-religiösen Phrasen Alternativen zur zerrütteten Republik zu sehen. Im protestantischen Milieu verbreitete ideologische und theologische Überzeugungen ermöglichten den Nationalsozialisten diese positive Resonanz.

Protestantischen Widerspruch gegen den Nationalsozialismus löste die Rassenideologie aus: Zu sehr dominiere das Blut die Ideologie und zu schwach sei die Berücksichtigung des christlichen Schöpfungsgedankens. Nur wenige Protestanten lehnten den Nationalsozialismus und seine Rassenideologie aber gänzlich ab, darunter vor allem liberale Theologen und Religiöse Sozialisten.

Die Protestanten und die Republik

1925 waren 64,1 Prozent der Bevölkerung des Deutschen Reiches, d. h. knapp 40 Millionen, evangelische Christen. Die aktiven Kirchenmitglieder entstammten zumeist dem »alten Mittelstand«, hinzu kamen bäuerliche und adelige Familien. Dieser Kern des protestantischen Sozialmilieus blieb auch in

der Weimarer Republik mehrheitlich nationalistisch und zumeist auch monarchisch gestimmt.

Die protestantische Mehrheit konzentrierte ihre politische Aufmerksamkeit auf die mit Kriegsende entstandene ›Dolchstoßlegende‹ sowie den Kampf gegen die ›Kriegsschuldfrage‹ und das ›Diktat von Versailles‹. Die Bedrohungsängste richteten sich vor allem auf den Kommunismus, den sogenannten Kulturbolschewismus und die Juden. Damit hatten die Protestanten Anteil an der Radikalisierung des deutschen Nationalismus nach dem Ersten Weltkrieg.

Der protestantische Vorbehalt gegen demokratische Volksherrschaft blieb während der Weimarer Republik weitgehend erhalten, gerade auch unter der zumeist nationalkonservativ eingestellten Pfarrerschaft. Der Verlust des Bündnisses von Thron und Altar und infolgedessen auch die Gefährdung der Position des Protestantismus als Leitkultur im Deutschen Reich verstärkte unter den Protestanten trotz manchem temporären »kirchenoffiziellen Vernunftsrepublikanertum«¹ eher eine rückwärtsgewandte, distanzierte Haltung gegenüber der Republik sowie der demokratisch konstituierten Nation.

Viele Protestanten fanden ihre politische Heimat in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). 1918 aus den zersplitterten Parteien des rechten Lagers entstanden, agierte sie mit antidemokratischer, monarchischer und antisemitischer Stoßrichtung.

In der Sozialethik der Zeit spielte die konstruktive Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Demokratie wie Gewaltenteilung, Menschenrechte, Parlamentarismus und Mehrheitsprinzip eine marginale Rolle. Eine »veritable Theologie der Demokratie«² war unter den zahlreichen neuen theologischen Entwürfen nach 1919 nicht zu finden.

Die evangelische Kirche in der Weimarer Republik

Pragmatisch arrangierten sich die Kirchenleitungen mit den neuen Verhältnissen. Sie kooperierten in praktischen Fragen mit dem demokratischen Staat, gingen jedoch in Grundsatzfragen auch immer wieder auf Konfrontationskurs insbesondere zur Sozialdemokratie.

Innerkirchlich wurden das Ende des monarchischen Kirchenregiments und die verfassungsrechtliche Trennung von Staat und Kirche nicht wirklich als Chance genutzt, die kirchliche Struktur gemeindenäher zu reformieren.

Stärker als die verfassungspolitische Idee einer demokratischen Volkskirche setzten sich praktische Koordinationszwänge durch, die sich aus dem durch die Weimarer Verfassung verstärkten Zentralismus ergaben. Sie führten 1922 zur Gründung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes, der aber nur über wenige Kompetenzen verfügte und eine eher koordinierende Funktion hatte. Seine politische Linie wurde ganz von dem Konservatismus der Landeskirchen bestimmt. Ab 1925 stand mit dem Juristen Hermann Kapler ein kirchlicher ›Vernunftsrepublikaner‹ an der Spitze des Kirchenbundes und der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union.

NSDAP und Christentum

Einige führende Nationalsozialisten hingen einer völkischen Religiosität an, wie sie sich bereits 1921 im Bund für Deutsche Kirche und 1925 im Tannenbergbund organisatorisch verfestigt hatte. Auch Adolf Hitlers Denken schöpfte aus dieser diffusen völkischen Religiosität, in der die Vorsehung und der Erwählungsgedanke eine wichtige Rolle spielten.

Um jedoch nicht in Konflikt mit den Kirchen zu kommen, wies Hitler die Vertreter der »neuheidnischen völkischen Religiosität« innerhalb der NSDAP in ihre Schranken. Artur Dinter, der eine »Geist-christliche Religionsgemeinschaft« propagierte, wurde nach langen Konflikten 1928 aus der Partei ausgestoßen.

Laut Artikel 24 des Parteiprogramms von 1920 vertrat die Partei den »Standpunkt eines positiven Christentums«.³ Die Religionsfreiheit sollte jedoch im »Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse« ihre Grenze haben. Gottfried Feder, der Verfasser des maßgeblichen Kommentars zum Parteiprogramm, deutete den Begriff des »positiven Christentums« im Sinne der völkischen Religiosität. Auf Hitlers Weisung musste diese Interpretation jedoch 1931 gestrichen werden. Denn von 1930 an demonstrierte Hitler eine kirchenfreundliche Haltung, um Stimmen im nationalprotestantischen Lager zu gewinnen und die Abgrenzungserklärungen seitens der katholischen Kirche zu unterlaufen. Nach der Reichstagswahl am 14. September 1930 hatten die deutschen Bischöfe vor der NSDAP gewarnt und u. a. das inhaltsarme Bekenntnis der NSDAP zum Christentum kritisiert.

Antisemitismus in der Weimarer Republik

In den unruhigen Nachkriegsjahren wurde schnell ein Sündenbock für Kriegsniederlage, territoriale Verluste und politischen Systemwechsel gefunden: die Juden. »Judenrevolution«, »jüdischer Bolschewismus« und »Judenrepublik« wurden zu politischen Kampfbegriffen mit hoher Resonanz. Antidemokratische und völkisch-antisemitische Gruppen erhielten starken Zulauf. Unter ihnen ragten vor allem die DNVP und der

Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund (DSTB) hervor. Sie brachten mit Klebmarken, Flugblättern und Handzetteln antisemitisches Gedankengut in alle Regionen des Reiches. Von der 1919 erschienenen deutschen Ausgabe der »Protokolle der Weisen von Zion«, einem Werk des zaristischen Geheimdienstes, das die These von der jüdischen Weltverschwörung verbreitete, wurden mehrere Hunderttausend Exemplare verkauft. Der Antisemitismus radikalisierte sich.

In München begann die frühe NSDAP ab 1921 mit Kampagnen gegen jüdische Geschäftsleute, Angriffen auf prominente Juden sowie mit Übergriffen auf jüdische Friedhöfe und Synagogen. Der DSTB drohte mit Gewalt und veröffentlichte Listen mit »Schädlingen«. Nach dem Mord an Außenminister Walther Rathenau wurde der DSTB 1922 in den meisten deutschen Ländern verboten.

Antisemitische Gewalt fand sich in der frühen Weimarer Republik aber auch in Teilen der Bevölkerung. 1923 kam es vor allem in Berlin zu antijüdischen Ausschreitungen. Getragen wurde der Antisemitismus von Angestellten und Beamten sowie von Berufsgruppen, die in den Juden eine Konkurrenz erblickten: der selbstständige Mittelstand, Kaufleute, Kleinunternehmer und Handwerker, freiberufliche Akademiker und Studenten.

Während der ruhigeren Jahre der Weimarer Republik zwischen 1924 und 1928 ging die antijüdische Gewalt zurück, nicht aber die stille Ausgrenzung von Juden. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise wuchs der Antisemitismus in den 1930er Jahren erneut an und wurde zu einer wichtigen politischen Erscheinung. Mit dem Aufstieg der NSDAP verschärfte die DNVP ihren antisemitischen Kurs: Sie schloss Juden aus der Partei aus und startete eine scharfe antisemitische

Propaganda. Die NSDAP begann im Zuge ihrer Wahlerfolge erneut mit antijüdischen Übergriffen und Boykottaktionen.

Die Protestanten und die ›Judenfrage‹

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert wurde im deutschen Protestantismus ein alter religiöser Antijudaismus von einem modernen, teils politisch-kulturell, teils auch schon rassistisch bestimmten Antisemitismus überlagert. In der Weimarer Zeit trieb die ›Judenfrage‹ auch die kirchliche Mitte um. In den evangelischen Sonntagsblättern waren ›die Juden‹ ein viel diskutiertes Thema. So veröffentlichte im Sommer 1926 der Direktor des Predigerseminars der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Hans Meiser, im »Evangelischen Gemeindeblatt« in Nürnberg eine Artikelserie mit dem Thema »Die evangelische Gemeinde und die Judenfrage«. Meisers Ausführungen waren von einem rassistischen Antisemitismus geprägt, aber gleichzeitig lehnte er einen ›Rassenmaterialismus‹ ab und forderte zu einer ›Rassenveredelung‹ durch Judenmission und Judentaufe auf. 1932 publizierte der Pfarrer Kurt Hutten im »Materialdienst des Evangelischen Volksbundes in Württemberg« eine umfangreiche vierteilige Fortsetzungsserie zur ›Judenfrage‹. Hutten unterschied zwischen einem ›sittlichen‹ und einem ›rassistischen‹ Antisemitismus und sprach sich für Ersteren aus. Negative jüdische Einflüsse in Kunst, Presse und Politik müssten bekämpft werden.

Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus

In Reaktion auf die antisemitische Bewegung der 1880er Jahre schlossen sich 1890/91 christliche und jüdische Honoratioren im Verein zur Abwehr des Antisemitismus zusammen, um dem »verderblichen und unchristlichen Treiben der Antisemiten« (Gründungsaufruf) entgegenzutreten. Dem Verein gehörten zeitweise bis zu 20.000 Mitglieder an. Sie kamen überwiegend aus dem liberalen Bildungs- und Besitzbürgertum, darunter viele evangelische Theologen und liberale Politiker.

Der Verein wollte Aufklärungsarbeit leisten und setzte dabei auf die Autorität von Bildung und Moral. In Publikationen wie den »Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus« (seit 1925: »Abwehr-Blätter«) und dem Handbuch »Antisemiten-Spiegel« wurde Material zur Widerlegung antijüdischer Stereotypen und zur Diskreditierung antisemitischer Agitatoren veröffentlicht. Der Verein erließ aber auch Wahlaufrufe gegen antisemitische Parteien und unterstützte parlamentarische Initiativen gegen die Diskriminierung von Juden in Staatsdienst und Militär. Er kooperierte mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), deren Reichstagsabgeordneter Georg Gothein 1921 den Vereinsvorsitz übernahm.

Bis zu seiner Selbstauflösung im Juli 1933 verfolgte der Abwehrverein eine Honoratiorenpolitik. Er suchte nicht die direkte Konfrontation mit den Antisemiten, sondern versuchte über die Presse, die Parlamente und die wissenschaftliche Autorität von Fachgelehrten auf die Öffentlichkeit Einfluss zu nehmen. Politische Massen konnte er mit dieser Abwehrstrategie nicht mobilisieren.

Dem Verein ging es um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden, die zwar formal mit der Reichsverfassung

von 1871 erreicht war, die in der Praxis aber vielfach missachtet wurde. Er lehnte Philosemitismus, Zionismus und anfänglich jede Form jüdischer Selbstorganisation als illegitimen Partikularismus ab. Viele Mitglieder hingten dem Ziel einer religiös-kulturellen Homogenität an und waren daher an der Aufrechterhaltung einer eigenständigen jüdischen Identität nicht interessiert. Auch waren die Vereinsmitglieder durchaus nicht frei von gesellschaftlichen und religiösen Vorurteilen gegenüber dem Judentum.

Seit 1925 nahm man in den Kreisen des Abwehrvereins Hitler und die NSDAP zunehmend als Gefahr wahr. »Mein Kampf« und die Hitlerreden wurden in den Abwehr-Blättern analysiert und besprochen, jedoch zumeist noch in ironischem Ton.

Evangelische Pfarrer und Theologen im Abwehrverein

Mit dem Anwachsen der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung nahm auch die Zahl der sich im Abwehrverein engagierenden evangelischen Theologen zu. So setzten sich die Universitätstheologen Otto Baumgarten und Eduard König in Publikationen und Vorträgen mit den Antisemiten auseinander. Auch im Ausschuss des Gesamtvereins waren evangelische Pfarrer Mitglieder. Auf lokaler Ebene gründeten einzelne Pfarrer Ortsvereine und übernahmen zum Teil auch deren Vorsitz – so Hans Tribukait in Dortmund, Ernst Moering in Breslau und Eduard Lamparter in Stuttgart. Die meisten der Ortsgruppen in der Weimarer Zeit befanden sich in evangelisch geprägten Regionen. Die im Abwehrverein aktiven Theologen waren innerhalb ihrer Gemeinden und innerhalb der evangelischen Pfarerschaft Einzelkämpfer. Die Mitarbeit in der »Judenschutztruppe« kostete Mut und war wenig prestigeträchtig.

Der überwiegende Teil der im Abwehrverein aktiven Theologen vertrat eine liberale Theologie und einen kulturprotestantischen Wertekosmos. Sie bejahten die demokratische Weimarer Republik und waren vielfach politisch aktiv, zumeist in der DDP. Einzelne Pfarrer gehörten aber auch den Religiösen Sozialisten an, wie z. B. Emil Felden.

Die im Abwehrverein aktiven Geistlichen wollten die deutsche Nation vor dem kultur- und bildungsfeindlichen Antisemitismus schützen; sie waren nicht dazu bereit, das christliche Gebot der Nächstenliebe und die Werte der Aufklärung dem Volkstum zu opfern, hofften aber auf eine Assimilation der Juden an die protestantisch geprägte deutsche Kultur. Sie erkannten die heilsgeschichtliche Bedeutung der Juden für das Christentum an und verteidigten das Alte Testament gegen die völkische Theologie. Auch wenn diese Positionen letztlich dazu führten, dass die Theologen im Abwehrverein ihre jüdischen Mitbürger gegen antisemitische Angriffe verteidigten, beinhalteten sie doch auch eine christliche, abwertende Sichtweise auf die ethnisch-religiöse Existenz des deutschen Judentums ihrer Gegenwart.

Im Jahr 1928 verschickte der Abwehrverein einen »Aufruf an die evangelischen Geistlichen«, den bekannte evangelische Universitätstheologen und Pfarrer verschiedener Richtungen unterzeichnet hatten. Darin wurde eine klare Position der evangelischen Kirche gegenüber dem Antisemitismus angemahnt.⁴